IMT Nuremberg Archives

H – 2698

International Court of Justice

H2698 – 0001

Reichsregierung
Exhibit Nr.59

H2698 -0002

Aus: Dokumente der deutschen Politik Bd.1
Die nationalsozialistische Revolution 1933

S. 107, 108.

Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk !
14. Oktober 1933.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Versoehnung und der Verstaendigung zu betreiben, als Grundlage aller Entschluesse und jedes Handelns.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der europaeischen Staatengemeinschaft ab.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsaechlichen Abruestung der Welt freudig zuzustimmen, mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstoeren und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Voelker zu gleichem entschliessen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsche, mit den anderen Nationen einschliesslich aller unserer frueheren Gegner im Sinne der Ueberwindung der Kriegspsychose und zur endlichen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhaeltnisses untereinander alle vorliegenden Fragen leidenschaftslos auf dem Wege von Verhandlungen pruefen und loesen zu wollen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erklaeren sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluss kontinentaler Nichtangriffspakte auf laengste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Exhibit 59
Filed Sept 20, 1946

H2698 - 0003

erfuellt von der gleichen Ehrauffassung, dass die Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands die unumgaengliche moralische und sachliche Voraussetzung fuer jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Vertraegen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Beschlusse, die Abruestungskonferenz zu verlassen und aus dem Voelkerbund auszuscheiden, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorenthalten wird.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verfolgung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen, als kuenftighin Vertraege zu unterzeichnen, die fuer jeden Ehrenmann und fuer jedes ehrliebende Volk unannehmbar sein muessen, in ihren Folgen aber nur zu einer Verewigung der Not und des Elends des Versailler Vertragszustandes und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft fuehren wuerden.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgendeinem Ruestungswettlauf anderer Nationen teilzunehmen, sie fordern nur jenes Mass von Sicherheit, das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt, diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Vertraege sicherzustellen.

Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage:

Billigt das deutsche Volk die ihm hier vorgelegte Politik seiner Reichsregierung und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklaeren und sich feierlich zu ihr zu bekennen?

Berlin, den 14.Oktober 1933. Die Reichsregierung.

b.w.

H2698 – 0004

I hereby certify that the above is a word true citation of the original.

Nürnberg, den 19. September 1946.

L L Schrader Jr
Lt Comdr USNR

Die wörtliche Übereinstimmung dieser Abschrift mit dem Text der beglaubigten Abschriften bestätigt.

Nürnberg, den 17. September 1946
In Vertretung des Rechtsanwalts Dr. Kubuschok

Horst Gainka

Assistent

H2698 - 0005

Reich Cabinet Exhibit No. 5-9

2698-PS